

Zinsschranke – § 4h EStG und § 8a KStG

§ 4h EStG

	Aktuelle Fassung	Vorgeschlagene Fassung (Stand 9.11.2009)
§ 4h Abs. 1 Satz 1	Zinsaufwendungen eines Betriebs sind abziehbar in Höhe des Zinsertrags, darüber hinaus nur bis zur Höhe von 30 Prozent des um die Zinsaufwendungen und um die nach § 6 Abs. 2 Satz 1, § 6 Abs. 2a Satz 2 und § 7 dieses Gesetzes abgesetzten Beträge erhöhten sowie um die Zinserträge verminderten maßgeblichen Gewinns.	Zinsaufwendungen eines Betriebs sind abziehbar in Höhe des Zinsertrags, darüber hinaus nur bis zur Höhe des verrechenbaren EBITDA .
§ 4h Abs. 1 Satz 2	Zinsaufwendungen, die nicht abgezogen werden dürfen, sind in die folgenden Wirtschaftsjahre vorzutragen (Zinsvortrag).	Das verrechenbare EBITDA ist 30 Prozent des um die Zinsaufwendungen und um die nach § 6 Absatz 2 Satz 1 abzuziehenden, nach § 6 Absatz 2a Satz 2 gewinnmindernd aufzulösenden und nach § 7 abgesetzten Beträge erhöhten und um die Zinserträge verminderten maßgeblichen Gewinns.
§ 4h Abs. 1 Satz 3	Sie erhöhen die Zinsaufwendungen dieser Wirtschaftsjahre, nicht aber den maßgeblichen Gewinn.	Soweit das verrechenbare EBITDA die um die Zinserträge geminderten Zinsaufwendungen des Betriebs übersteigt, ist es in die folgenden fünf Wirtschaftsjahre vorzutragen (EBITDA-Vortrag); ein EBITDA-Vortrag entsteht nicht in Wirtschaftsjahren, in denen Absatz 2 die Anwendung von Absatz 1 Satz 1 ausschließt.
§ 4h Abs. 1 Satz 4		Zinsaufwendungen, die nach Satz 1 nicht abgezogen werden können, sind bis zur Höhe der EBITDA-Vorträge aus vorangegangenen Wirtschaftsjahren abziehbar und mindern die EBITDA-Vorträge in ihrer zeitlichen Reihenfolge.
§ 4h Abs. 1 Satz 5		Danach verbleibende nicht abziehbare Zinsaufwendungen sind in die folgenden Wirtschaftsjahre vorzutragen (Zinsvortrag).
§ 4h Abs. 1 Satz 6		Sie erhöhen die Zinsaufwendungen dieser Wirtschaftsjahre, nicht aber den maßgeblichen Gewinn.



§ 4h Abs. 2	Absatz 1 Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn	Absatz 1 Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn
§ 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe a	der Betrag der Zinsaufwendungen, soweit er den Betrag der Zinserträge übersteigt, weniger als drei Millionen Euro beträgt,	der Betrag der Zinsaufwendungen, soweit er den Betrag der Zinserträge übersteigt, weniger als drei Millionen Euro beträgt,
§ 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe b	der Betrieb nicht oder nur anteilmäßig zu einem Konzern gehört, oder	der Betrieb nicht oder nur anteilmäßig zu einem Konzern gehört, oder
§ 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe c Satz 1	der Betrieb zu einem Konzern gehört und seine Eigenkapitalquote am Schluss des vorangegangenen Abschlussstichtages gleich hoch oder höher ist als die des Konzerns (Eigenkapitalvergleich).	der Betrieb zu einem Konzern gehört und seine Eigenkapitalquote am Schluss des vorangegangenen Abschlussstichtages gleich hoch oder höher ist als die des Konzerns (Eigenkapitalvergleich).
§ 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe c Satz 2	Ein Unterschreiten der Eigenkapitalquote des Konzerns bis zu einem Prozentpunkt ist unschädlich.	Ein Unterschreiten der Eigenkapitalquote des Konzerns bis zu zwei Prozentpunkten ist unschädlich.
§ 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe c Satz 3	Eigenkapitalquote ist das Verhältnis des Eigenkapitals zur Bilanzsumme; sie bemisst sich nach dem Konzernabschluss, der den Betrieb umfasst, und ist für den Betrieb auf der Grundlage des Jahresabschlusses oder Einzelabschlusses zu ermitteln.	Eigenkapitalquote ist das Verhältnis des Eigenkapitals zur Bilanzsumme; sie bemisst sich nach dem Konzernabschluss, der den Betrieb umfasst, und ist für den Betrieb auf der Grundlage des Jahresabschlusses oder Einzelabschlusses zu ermitteln.
§ 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe c Satz 4	Wahlrechte sind im Konzernabschluss und im Jahresabschluss oder Einzelabschluss einheitlich auszuüben; bei gesellschaftsrechtlichen Kündigungsrechten ist insoweit mindestens das Eigenkapital anzusetzen, das sich nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs ergeben würde.	Wahlrechte sind im Konzernabschluss und im Jahresabschluss oder Einzelabschluss einheitlich auszuüben; bei gesellschaftsrechtlichen Kündigungsrechten ist insoweit mindestens das Eigenkapital anzusetzen, das sich nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs ergeben würde.
§ 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe c Satz 5	Bei der Ermittlung der Eigenkapitalquote des Betriebs ist das Eigenkapital um einen im Konzernabschluss enthaltenen Firmenwert, soweit er auf den Betrieb entfällt, und um die Hälfte von Sonderposten mit Rücklagenanteil (§ 273 des Handelsgesetzbuchs) zu erhöhen sowie um das Eigenkapital, das keine Stimmrechte vermittelt - mit Ausnahme von Vorzugsaktien -, die Anteile an anderen Konzerngesellschaften und um Einlagen der letzten sechs Monate vor dem maßgeblichen Abschlussstichtag, soweit ihnen Entnahmen oder Ausschüttungen innerhalb der ersten sechs Monate nach dem maßgeblichen Abschlussstichtag gegenüberstehen, zu kürzen.	Bei der Ermittlung der Eigenkapitalquote des Betriebs ist das Eigenkapital um einen im Konzernabschluss enthaltenen Firmenwert, soweit er auf den Betrieb entfällt, und um die Hälfte von Sonderposten mit Rücklagenanteil (§ 273 des Handelsgesetzbuchs) zu erhöhen sowie um das Eigenkapital, das keine Stimmrechte vermittelt - mit Ausnahme von Vorzugsaktien -, die Anteile an anderen Konzerngesellschaften und um Einlagen der letzten sechs Monate vor dem maßgeblichen Abschlussstichtag, soweit ihnen Entnahmen oder Ausschüttungen innerhalb der ersten sechs Monate nach dem maßgeblichen Abschlussstichtag gegenüberstehen, zu kürzen.
§ 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe c Satz 6	Die Bilanzsumme ist um Kapitalforderungen zu kürzen, die nicht im Konzernabschluss ausgewiesen sind und denen Verbindlichkeiten im Sinne des Absatzes 3 in mindestens gleicher Höhe gegenüberstehen.	Die Bilanzsumme ist um Kapitalforderungen zu kürzen, die nicht im Konzernabschluss ausgewiesen sind und denen Verbindlichkeiten im Sinne des Absatzes 3 in mindestens gleicher Höhe gegenüberstehen.

§ 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe c Satz 7	Sonderbetriebsvermögen ist dem Betrieb der Mitunternehmerschaft zuzuordnen, soweit es im Konzernvermögen enthalten ist.	Sonderbetriebsvermögen ist dem Betrieb der Mitunternehmerschaft zuzuordnen, soweit es im Konzernvermögen enthalten ist.
§ 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe c Satz 8	Die für den Eigenkapitalvergleich maßgeblichen Abschlüsse sind einheitlich nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) zu erstellen.	Die für den Eigenkapitalvergleich maßgeblichen Abschlüsse sind einheitlich nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) zu erstellen.
§ 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe c Satz 9	Hiervon abweichend können Abschlüsse nach dem Handelsrecht eines Mitgliedstaats der Europäischen Union verwendet werden, wenn kein Konzernabschluss nach den IFRS zu erstellen und offen zu legen ist und für keines der letzten fünf Wirtschaftsjahre ein Konzernabschluss nach den IFRS erstellt wurde; nach den Generally Accepted Accounting Principles der Vereinigten Staaten von Amerika (US-GAAP) aufzustellende und offen zu legende Abschlüsse sind zu verwenden, wenn kein Konzernabschluss nach den IFRS oder dem Handelsrecht eines Mitgliedstaats der Europäischen Union zu erstellen und offen zu legen ist.	Hiervon abweichend können Abschlüsse nach dem Handelsrecht eines Mitgliedstaats der Europäischen Union verwendet werden, wenn kein Konzernabschluss nach den IFRS zu erstellen und offen zu legen ist und für keines der letzten fünf Wirtschaftsjahre ein Konzernabschluss nach den IFRS erstellt wurde; nach den Generally Accepted Accounting Principles der Vereinigten Staaten von Amerika (US-GAAP) aufzustellende und offen zu legende Abschlüsse sind zu verwenden, wenn kein Konzernabschluss nach den IFRS oder dem Handelsrecht eines Mitgliedstaats der Europäischen Union zu erstellen und offen zu legen ist.
§ 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe c Satz 10	Der Konzernabschluss muss den Anforderungen an die handelsrechtliche Konzernrechnungslegung genügen oder die Voraussetzungen erfüllen, unter denen ein Abschluss nach den §§ 291 und 292 des Handelsgesetzbuches befreiende Wirkung hätte.	Der Konzernabschluss muss den Anforderungen an die handelsrechtliche Konzernrechnungslegung genügen oder die Voraussetzungen erfüllen, unter denen ein Abschluss nach den §§ 291 und 292 des Handelsgesetzbuches befreiende Wirkung hätte.
§ 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe c Satz 11	Wurde der Jahresabschluss oder Einzelabschluss nicht nach denselben Rechnungslegungsstandards wie der Konzernabschluss aufgestellt, ist die Eigenkapitalquote des Betriebs in einer Überleitungsrechnung nach den für den Konzernabschluss geltenden Rechnungslegungsstandards zu ermitteln.	Wurde der Jahresabschluss oder Einzelabschluss nicht nach denselben Rechnungslegungsstandards wie der Konzernabschluss aufgestellt, ist die Eigenkapitalquote des Betriebs in einer Überleitungsrechnung nach den für den Konzernabschluss geltenden Rechnungslegungsstandards zu ermitteln.
§ 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe c Satz 12	Die Überleitungsrechnung ist einer prüferischen Durchsicht zu unterziehen.	Die Überleitungsrechnung ist einer prüferischen Durchsicht zu unterziehen.
§ 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe c Satz 13	Auf Verlangen der Finanzbehörde ist der Abschluss oder die Überleitungsrechnung des Betriebs durch einen Abschlussprüfer zu prüfen, der die Voraussetzungen des § 319 des Handelsgesetzbuches erfüllt.	Auf Verlangen der Finanzbehörde ist der Abschluss oder die Überleitungsrechnung des Betriebs durch einen Abschlussprüfer zu prüfen, der die Voraussetzungen des § 319 des Handelsgesetzbuches erfüllt.
§ 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe c Satz 14	Ist ein dem Eigenkapitalvergleich zugrunde gelegter Abschluss unrichtig und führt der zutreffende Abschluss zu einer Erhöhung der nach Absatz 1 nicht abziehbaren Zinsaufwendungen, ist ein Zuschlag entsprechend § 162 Abs. 4 Satz 1 und 2 der Abgabenordnung festzusetzen.	Ist ein dem Eigenkapitalvergleich zugrunde gelegter Abschluss unrichtig und führt der zutreffende Abschluss zu einer Erhöhung der nach Absatz 1 nicht abziehbaren Zinsaufwendungen, ist ein Zuschlag entsprechend § 162 Abs. 4 Satz 1 und 2 der Abgabenordnung festzusetzen.

§ 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe c Satz 15	Bemessungsgrundlage für den Zuschlag sind die nach Absatz 1 nicht abziehbaren Zinsaufwendungen.	Bemessungsgrundlage für den Zuschlag sind die nach Absatz 1 nicht abziehbaren Zinsaufwendungen.
§ 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe c Satz 16	§ 162 Abs. 4 Satz 4 bis 6 der Abgabenordnung gilt sinngemäß.	§ 162 Abs. 4 Satz 4 bis 6 der Abgabenordnung gilt sinngemäß.
§ 4h Abs. 2 Satz 2	Ist eine Gesellschaft, bei der der Gesellschafter als Mitunternehmer anzusehen ist, unmittelbar oder mittelbar einer Körperschaft nachgeordnet, gilt für die Gesellschaft § 8a Abs. 2 und 3 des Körperschaftsteuergesetzes entsprechend.	Ist eine Gesellschaft, bei der der Gesellschafter als Mitunternehmer anzusehen ist, unmittelbar oder mittelbar einer Körperschaft nachgeordnet, gilt für die Gesellschaft § 8a Abs. 2 und 3 des Körperschaftsteuergesetzes entsprechend.
§ 4h Abs. 3 Satz 1	Maßgeblicher Gewinn ist der nach den Vorschriften dieses Gesetzes mit Ausnahme des Absatzes 1 ermittelte steuerpflichtige Gewinn.	Maßgeblicher Gewinn ist der nach den Vorschriften dieses Gesetzes mit Ausnahme des Absatzes 1 ermittelte steuerpflichtige Gewinn.
§ 4h Abs. 3 Satz 2	Zinsaufwendungen sind Vergütungen für Fremdkapital, die den maßgeblichen Gewinn gemindert haben.	Zinsaufwendungen sind Vergütungen für Fremdkapital, die den maßgeblichen Gewinn gemindert haben.
§ 4h Abs. 3 Satz 3	Zinserträge sind Erträge aus Kapitalforderungen jeder Art, die den maßgeblichen Gewinn erhöht haben.	Zinserträge sind Erträge aus Kapitalforderungen jeder Art, die den maßgeblichen Gewinn erhöht haben.
§ 4h Abs. 3 Satz 4	Die Auf- und Abzinsung unverzinslicher oder niedrig verzinslicher Verbindlichkeiten oder Kapitalforderungen führen ebenfalls zu Zinserträgen oder Zinsaufwendungen.	Die Auf- und Abzinsung unverzinslicher oder niedrig verzinslicher Verbindlichkeiten oder Kapitalforderungen führen ebenfalls zu Zinserträgen oder Zinsaufwendungen.
§ 4h Abs. 3 Satz 5	Ein Betrieb gehört zu einem Konzern, wenn er nach dem für die Anwendung des Absatzes 2 Satz 1 Buchstabe c zugrunde gelegten Rechnungslegungsstandard mit einem oder mehreren anderen Betrieben konsolidiert wird oder werden könnte.	Ein Betrieb gehört zu einem Konzern, wenn er nach dem für die Anwendung des Absatzes 2 Satz 1 Buchstabe c zugrunde gelegten Rechnungslegungsstandard mit einem oder mehreren anderen Betrieben konsolidiert wird oder werden könnte.
§ 4h Abs. 3 Satz 6	Ein Betrieb gehört für Zwecke des Absatzes 2 auch zu einem Konzern, wenn seine Finanz- und Geschäftspolitik mit einem oder mehreren anderen Betrieben einheitlich bestimmt werden kann.	Ein Betrieb gehört für Zwecke des Absatzes 2 auch zu einem Konzern, wenn seine Finanz- und Geschäftspolitik mit einem oder mehreren anderen Betrieben einheitlich bestimmt werden kann.
§ 4h Abs. 4 Satz 1	Der Zinsvortrag ist gesondert festzustellen.	Der EBITDA-Vortrag und der Zinsvortrag sind gesondert festzustellen.

§ 4h Abs. 4 Satz 2	Zuständig ist das für die gesonderte Feststellung des Gewinns und Verlusts der Gesellschaft zuständige Finanzamt, im Übrigen das für die Besteuerung zuständige Finanzamt.	Zuständig ist das für die gesonderte Feststellung des Gewinns und Verlusts der Gesellschaft zuständige Finanzamt, im Übrigen das für die Besteuerung zuständige Finanzamt.
§ 4h Abs. 4 Satz 3	§ 10d Abs. 4 gilt sinngemäß.	§ 10d Abs. 4 gilt sinngemäß.
§ 4h Abs. 4 Satz 4	Feststellungsbescheide sind zu erlassen, aufzuheben oder zu ändern, soweit sich der nach Satz 1 festzustellende Betrag ändert.	Feststellungsbescheide sind zu erlassen, aufzuheben oder zu ändern, soweit sich der nach Satz 1 festzustellende Betrag ändert.
§ 4h Abs. 5 Satz 1	Bei Aufgabe oder Übertragung des Betriebes geht ein nicht verbrauchter Zinsvortrag unter.	Bei Aufgabe oder Übertragung des Betriebes gehen ein nicht verbrauchter EBITDA-Vortrag und ein nicht verbrauchter Zinsvortrag unter.
§ 4h Abs. 5 Satz 2	Scheidet ein Mitunternehmer aus einer Gesellschaft aus, geht der Zinsvortrag anteilig mit der Quote unter, mit der der ausgeschiedene Gesellschafter an der Gesellschaft beteiligt war.	Scheidet ein Mitunternehmer aus einer Gesellschaft aus, gehen der EBITDA-Vortrag und der Zinsvortrag anteilig mit der Quote unter, mit der der ausgeschiedene Gesellschafter an der Gesellschaft beteiligt war.

§ 8a KStG		
	Aktuelle Fassung	Vorgeschlagene Fassung (Stand 9.11.2009)
§ 8a Abs. 1 Satz 1	§ 4h Abs. 1 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass anstelle des maßgeblichen Gewinns das maßgebliche Einkommen tritt.	§ 4h Abs. 1 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass anstelle des maßgeblichen Gewinns das maßgebliche Einkommen tritt.
§ 8a Abs. 1 Satz 2	Maßgebliches Einkommen ist das nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes und dieses Gesetzes ermittelte Einkommen mit Ausnahme der §§ 4h und 10d des Einkommensteuergesetzes und des § 9 Abs. 1 Nr. 2 dieses Gesetzes.	Maßgebliches Einkommen ist das nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes und dieses Gesetzes ermittelte Einkommen mit Ausnahme der §§ 4h und 10d des Einkommensteuergesetzes und des § 9 Abs. 1 Nr. 2 dieses Gesetzes.
§ 8a Abs. 1 Satz 3	§ 8c gilt für den Zinsvortrag nach § 4h Abs. 1 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes entsprechend.	§ 8c gilt für den Zinsvortrag nach § 4h Abs. 1 Satz 5 des Einkommensteuergesetzes mit der Maßgabe entsprechend, dass stille Reserven im Sinne des § 8c Absatz 1 Satz 7 nur zu berücksichtigen sind, soweit sie die nach § 8c Absatz 1 Satz 6 abziehbaren nicht genutzten Verluste übersteigen.

§ 8a Abs. 1 Satz 4	Auf Kapitalgesellschaften, die ihre Einkünfte nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 des Einkommensteuergesetzes ermitteln, ist § 4h des Einkommensteuergesetzes sinngemäß anzuwenden.	Auf Kapitalgesellschaften, die ihre Einkünfte nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 des Einkommensteuergesetzes ermitteln, ist § 4h des Einkommensteuergesetzes sinngemäß anzuwenden.
§ 8a Abs. 2	§ 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe b des Einkommensteuergesetzes ist nur anzuwenden, wenn die Vergütungen für Fremdkapital an einen zu mehr als einem Viertel unmittelbar oder mittelbar am Grund- oder Stammkapital beteiligten Anteilseigner, eine diesem nahe stehende Person (§ 1 Abs. 2 des Außensteuergesetzes vom 8. September 1972 (BGBl. I S. 1713), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 7. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2782) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung) oder einen Dritten, der auf den zu mehr als einem Viertel am Grund- oder Stammkapital beteiligten Anteilseigner oder eine diesem nahe stehende Person zurückgreifen kann, nicht mehr als zehn Prozent der die Zinserträge übersteigenden Zinsaufwendungen der Körperschaft im Sinne des § 4h Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes betragen und die Körperschaft dies nachweist.	§ 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe b des Einkommensteuergesetzes ist nur anzuwenden, wenn die Vergütungen für Fremdkapital an einen zu mehr als einem Viertel unmittelbar oder mittelbar am Grund- oder Stammkapital beteiligten Anteilseigner, eine diesem nahe stehende Person (§ 1 Abs. 2 des Außensteuergesetzes vom 8. September 1972 (BGBl. I S. 1713), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 7. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2782) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung) oder einen Dritten, der auf den zu mehr als einem Viertel am Grund- oder Stammkapital beteiligten Anteilseigner oder eine diesem nahe stehende Person zurückgreifen kann, nicht mehr als zehn Prozent der die Zinserträge übersteigenden Zinsaufwendungen der Körperschaft im Sinne des § 4h Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes betragen und die Körperschaft dies nachweist.
§ 8a Abs. 3 Satz 1	§ 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe c des Einkommensteuergesetzes ist nur anzuwenden, wenn die Vergütungen für Fremdkapital der Körperschaft oder eines anderen demselben Konzern zugehörenden Rechtsträgers an einen zu mehr als einem Viertel unmittelbar oder mittelbar am Kapital beteiligten Gesellschafter einer konzernzugehörigen Gesellschaft, eine diesem nahe stehende Person (§ 1 Abs. 2 des Außensteuergesetzes) oder einen Dritten, der auf den zu mehr als einem Viertel am Kapital beteiligten Gesellschafter oder eine diesem nahe stehende Person zurückgreifen kann, nicht mehr als zehn Prozent der die Zinserträge übersteigenden Zinsaufwendungen des Rechtsträgers im Sinne des § 4h Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes betragen und die Körperschaft dies nachweist.	§ 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe c des Einkommensteuergesetzes ist nur anzuwenden, wenn die Vergütungen für Fremdkapital der Körperschaft oder eines anderen demselben Konzern zugehörenden Rechtsträgers an einen zu mehr als einem Viertel unmittelbar oder mittelbar am Kapital beteiligten Gesellschafter einer konzernzugehörigen Gesellschaft, eine diesem nahe stehende Person (§ 1 Abs. 2 des Außensteuergesetzes) oder einen Dritten, der auf den zu mehr als einem Viertel am Kapital beteiligten Gesellschafter oder eine diesem nahe stehende Person zurückgreifen kann, nicht mehr als zehn Prozent der die Zinserträge übersteigenden Zinsaufwendungen des Rechtsträgers im Sinne des § 4h Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes betragen und die Körperschaft dies nachweist.
§ 8a Abs. 3 Satz 2	Satz 1 gilt nur für Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten, die in dem voll konsolidierten Konzernabschluss nach § 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe c des Einkommensteuergesetzes ausgewiesen sind und bei Finanzierung durch einen Dritten einen Rückgriff gegen einen nicht zum Konzern gehörenden Gesellschafter oder eine diesem nahe stehenden Person auslösen.	Satz 1 gilt nur für Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten, die in dem voll konsolidierten Konzernabschluss nach § 4h Abs. 2 Satz 1 Buchstabe c des Einkommensteuergesetzes ausgewiesen sind und bei Finanzierung durch einen Dritten einen Rückgriff gegen einen nicht zum Konzern gehörenden Gesellschafter oder eine diesem nahe stehenden Person auslösen.

Interest Deduction Ceiling Rule – Sec. 4h Income Tax Act (ITA) and Sec. 8a Corporate Income Tax Act (CITA)

Sec. 4h ITA		
	Current Wording	Draft Wording (9.11.2009)
sec. 4h para. 1 s. 1	Interest expense of a business are deductible in the amount of the interest earnings, beyond that only up to 30% of the relevant profit increased by the interest expense and by the amounts depreciated according to sec. 6 para. 2 sent. 1, sec. 6 para. 2a sent. 2 and sec. 7 ITA and reduced by the interest earned.	Interest expense of a business are deductible in the amount of the interest earnings, beyond that only up to the offsetable EBITDA .
sec. 4h para. 1 s. 2	Interest expense which may not be deducted has to be carried forward to the following fiscal years (interest carry-forward).	The offsetable EBITDA is 30% of the relevant profit increased by the interest expense, by the amounts to be deducted according to sec. 6 para. 2 sent. 1 and by the amounts dissolved with profit-reducing effect according to sec. 6 para. 2a sent. 2 and the amounts depreciated according to sec. 7 ITA and reduced by the interest earned.
sec. 4h para. 1 s. 3	It increases the interest expense of these years, not the relevant profit.	To the extent the offsetable EBITDA exceeds the business' net interest expense, it will be carried forward the subsequent five fiscal years (EBITDA carry-forward); no EBITDA carry-forward accrues in fiscal years in which para. 2 excludes the application of para. 1 sent. 1.
sec. 4h para. 1 s. 4		Interest expense which are not deductible according to sentence 1 shall be deducted to the extent of EBITDA carried forward from previous fiscal years and reduce the EBITDA carry-forwards in their chronological order.
sec. 4h para. 1 s. 5		Interest expense which may not be deducted has to be carried forward to the following fiscal years (interest carry-forward).
sec. 4h para. 1 s. 5		It increases the interest expense of these years, not the relevant profit.

sec. 4h para. 2	Para. 1 sentence 1 shall not be applicable, if	Para. 1 sent. 1 shall not be applicable, if
sec. 4h para. 2 s. 1 lit. a	the amount of interest expense to the extent that it exceeds the amount of interest earnings is lower than 3 million €,	the amount of interest expense to the extent that it exceeds the amount of interest earnings is lower than 3 million €,
sec. 4h para. 2 s. 1 lit. b	the business does not or only partly belong to a group of companies or	the business does not or only partly belong to a group of companies or
sec. 4h para. 2 s. 1 lit. c s. 1	the business belongs to a group of companies and its equity ratio at the last balance sheet date in the financial statements has equalled or exceeded that one of the group (Equity Ratio Comparison).	the business belongs to a group of companies and its equity ratio at the last balance sheet date in the financial statements has equalled or exceeded that one of the group (Equity Ratio Comparison).
sec. 4h para. 2 s. 1 lit. c s. 2	It is not harmful if the equity ratio is lower than the group's equity ratio by up to one percentage point.	It is not harmful if the equity ratio is lower than the group's equity ratio by up to two percentage points .
sec. 4h para. 2 s. 1 lit. c s. 3	Equity ratio means the ratio between the equity capital and the balance sheet total; it is determined by the consolidated group financial statements which include the business and is determined for the business on the basis of the annual financial statement or the stand alone financial statement.	Equity ratio means the ratio between the equity capital and the balance sheet total; it is determined by the consolidated group financial statements which include the business and is determined for the business on the basis of the annual financial statement or the stand alone financial statement.
sec. 4h para. 2 s. 1 lit. c s. 4	Accounting options have to be exercised the same way in the consolidated group financial statement as well as in the annual financial statement or the stand alone financial statement; in case of cancellation rights according to company law the equity shall be assessed at least with the amount it would have under Commercial Law.	Accounting options have to be exercised the same way in the consolidated group financial statement as well as in the annual financial statement or the stand alone financial statement; in case of cancellation rights according to company law the equity shall be assessed at least with the amount it would have under Commercial Law.
sec. 4h para. 2 s. 1 lit. c s. 5	When determining the equity ratio of the business the equity has to be increased by the company's good will included in the consolidated group financial statement as far as it is allocable to the business and by one half of untaxed special reserves ("Sonderposten mit Rücklagenanteil" according to sec. 273 German Commercial Code) and to be reduced by equity which does not procure voting rights - except preferred shares -, by shares in other group companies and by contributions made in the last six months before the relevant balance sheet date to the extent of withdrawals from reserves or profit distributions made in the first six months after the relevant balance sheet date.	When determining the equity ratio of the business the equity has to be increased by the company's good will included in the consolidated group financial statement as far as it is allocable to the business and by one half of untaxed special reserves ("Sonderposten mit Rücklagenanteil" according to sec. 273 German Commercial Code) and to be reduced by equity which does not procure voting rights - except preferred shares -, by shares in other group companies and by contributions made in the last six months before the relevant balance sheet date to the extent of withdrawals from reserves or profit distributions made in the first six months after the relevant balance sheet date.
sec. 4h para. 2 s. 1 lit. c s. 6	The balance sheet total has to be reduced by financial claims which are not shown in the consolidated group financial statement and which correspond with liabilities within the meaning of para. 3 with at least the same amount.	The balance sheet total has to be reduced by financial claims which are not shown in the consolidated group financial statement and which correspond with liabilities within the meaning of para. 3 with at least the same amount.

sec. 4h para. 2 s. 1 lit. c s. 7	Special business assets shall be allocable to the business of the co-entrepreneurship, to the extent they are contained in the group of companies' assets.	Special business assets shall be allocable to the business of the co-entrepreneurship, to the extent they are contained in the group of companies' assets.
sec. 4h para. 2 s. 1 lit. c s. 8	The financial statements relevant for the equity ratio comparison have to be prepared uniformly in accordance with the International Financial Reporting Standards (IFRS).	The financial statements relevant for the equity ratio comparison have to be prepared uniformly in accordance with the International Financial Reporting Standards (IFRS).
sec. 4h para. 2 s. 1 lit. c s. 9	Otherwise, however, financial statements according to the Commercial Law of a member state of the European Union can be used in case no consolidated financial statement according to IFRS has to be prepared and published and no consolidated financial statement according to IFRS was prepared for one of the last five fiscal years; financial statements to be prepared and published according to the Accounting Principles in the United States of America (US-GAAP) have to be used if no consolidated financial statement has to be prepared and publicised in accordance with the accounting principles of IFRS or the Commercial Law of a member state of the European Union.	Otherwise, however, financial statements according to the Commercial Law of a member state of the European Union can be used in case no consolidated financial statement according to IFRS has to be prepared and published and no consolidated financial statement according to IFRS was prepared for one of the last five fiscal years; financial statements to be prepared and published according to the Accounting Principles in the United States of America (US-GAAP) have to be used if no consolidated financial statement has to be prepared and publicised in accordance with the accounting principles of IFRS or the Commercial Law of a member state of the European Union.
sec. 4h para. 2 s. 1 lit. c s. 10	The consolidated financial statement has to meet the requirements according to the group accounting standards under commercial law or the requirements according to which a financial statement has exempting effect with regard to sec. 291, 292 of the German Commercial Code.	The consolidated financial statement has to meet the requirements according to the group accounting standards under commercial law or the requirements according to which a financial statement has exempting effect with regard to sec. 291, 292 of the German Commercial Code.
sec. 4h para. 2 s. 1 lit. c s. 11	In case the annual financial statement or stand alone balance sheet was not prepared according to the same financial accounting standards like the consolidated financial statement, the equity ratio of the business shall be determined in a reconciliation statement according to the accounting standards applicable to the consolidated financial statement.	In case the annual financial statement or stand alone balance sheet was not prepared according to the same financial accounting standards like the consolidated financial statement, the equity ratio of the business shall be determined in a reconciliation statement according to the accounting standards applicable to the consolidated financial statement.
sec. 4h para. 2 s. 1 lit. c s. 12	The reconciliation statement is subject to an auditors review.	The reconciliation statement is subject to an auditors review.
sec. 4h para. 2 s. 1 lit. c s. 13	On tax office's request the financial statement or the reconciliation statement has to be reviewed by an accountant who meets the requirements of sections 319 German Commercial Code.	On tax office's request the financial statement or the reconciliation statement has to be reviewed by an accountant who meets the requirements of sections 319 German Commercial Code.
sec. 4h para. 2 s. 1 lit. c s. 14	If a financial statement relevant for the equity ratio comparison is incorrect and a correct financial statement would lead to an increase of the interest expense not deductible according to para. 1, a surcharge has to be added in accordance with section 162 para. 4 sent. 1 and 2 General Tax Code.	If a financial statement relevant for the equity ratio comparison is incorrect and a correct financial statement would lead to an increase of the interest expense not deductible according to para. 1, a surcharge has to be added in accordance with section 162 para. 4 sent. 1 and 2 General Tax Code.

sec. 4h para. 2 s. 1 lit. c s. 15	The interest that is not deductible under para. 1 shall constitute the basis for determining the surcharge.	The interest that is not deductible under para. 1 shall constitute the basis for determining the surcharge.
sec. 4h para. 2 s. 1 lit. c s. 16	Sec. 162 para. 4 sent. 4 to 6 of the General Tax Code shall apply accordingly.	Sec. 162 para. 4 sent. 4 to 6 of the General Tax Code shall apply accordingly.
sec. 4h para. 2 s. 2	If a company in which a partner has to be regarded as a co-entrepreneur is directly or indirectly subordinated to a corporation, sec. 8a para. 2 and para. 3 CITA shall apply accordingly.	If a company in which a partner has to be regarded as a co-entrepreneur is directly or indirectly subordinated to a corporation, sec. 8a para. 2 and para. 3 CITA shall apply accordingly.
sec. 4h para. 3 s. 1	Relevant profit is the taxable income determined by the provisions of this Act, excluding para. 1.	Relevant profit is the taxable income determined by the provisions of this Act, excluding para. 1.
sec. 4h para. 3 s. 2	Interest expense represents remunerations for loan capital which have reduced the relevant profit.	Interest expense represents remunerations for loan capital which have reduced the relevant profit.
sec. 4h para. 3 s. 3	Interest earnings represent earnings from financial claims of any kind which have increased the relevant profit.	Interest earnings represent earnings from financial claims of any kind which have increased the relevant profit.
sec. 4h para. 3 s. 4	Addition of accrued interest or discounting of non-interest-bearing and low-interest-bearing liabilities or capital claims do also lead to interest earnings or interest expenses.	Addition of accrued interest or discounting of non-interest-bearing and low-interest-bearing liabilities or capital claims do also lead to interest earnings or interest expenses.
sec. 4h para. 3 s. 5	A business belongs to a group of companies if it is or could be consolidated with one or more other businesses according to the accounting standards which are applicable with regard to para. 2 s. 1 lit. c.	A business belongs to a group of companies if it is or could be consolidated with one or more other businesses according to the accounting standards which are applicable with regard to para. 2 s. 1 lit. c.
sec. 4h para. 3 s. 6	Furthermore, for the purpose of para. 2, a business belongs to a group of companies if its financial and business policy can be determined in a uniform way with one or more businesses.	Furthermore, for the purpose of para. 2, a business belongs to a group of companies if its financial and business policy can be determined in a uniform way with one or more businesses.

sec. 4h para. 4 s. 1	The interest carry-forward has to be assessed separately.	The EBITDA carry-forward and interest carry-forward have to be assessed separately.
sec. 4h para. 4 s. 2	The tax office which is in charge of assessing the company's profits and losses, or the tax office in charge of the tax assessment is responsible.	The tax office which is in charge of assessing the company's profits and losses, or the tax office in charge of the tax assessment is responsible.
sec. 4h para. 4 s. 3	Sec. 10d para, 4 shall apply accordingly.	Sec. 10d para, 4 shall apply accordingly.
sec. 4h para. 4 s. 4	Declaratory Assessments shall be enacted, annulled or amended as far as the amount assessed according to sentence 1 is amended.	Declaratory Assessments shall be enacted, annulled or amended as far as the amount assessed according to sentence 1 is amended.
sec. 4h para. 5 s. 1	In case of a termination or transfer of the business any interest carry-forward not used until that date are lost.	In case of a termination or transfer of the business any EBITDA carry-forward and interest carry-forward not used until that date are lost.
sec. 4h para. 5 s. 2	If a co-entrepreneur leaves from a business, an interest carry-forward is lost proportionately to his share in the business.	If a co-entrepreneur leaves from a business, any EBITDA carry-forward and interest carry-forward are lost proportionately to his share in the business.

Sec. 8a CTA		
	Current Wording	Draft Wording (9.11.2009)
sec. 8a para. 1 s. 1	Section 4h para. 1 sent. 1 ITA applies in such a way that the term “relevant profit” is replaced by “relevant income”.	Sec. 4h para. 1 sent. 1 ITA applies in such a way that the term “relevant profit” is replaced by “relevant income”.
sec. 8a para. 1 s. 2	Relevant income is the income as determined according to the provisions in the ITA and the CITA except the rules under section 4h and sec. 10d ITA and sec. 9 para. 1 no. 2 CTA.	Relevant income is the income as determined according to the provisions in the ITA and the CITA except the rules under section 4h and sec. 10d ITA and sec. 9 para. 1 no. 2 CTA.
sec. 8a para. 1 s. 3	Sec. 8c CITA applies to the interest carry-forward according to sec. 4h para. 1 sent. 2 ITA accordingly.	Section 8c CITA applies to the interest carry-forward according to sec. 4h para. 1 sent. 5 ITA accordingly provided that hidden reserves within the meaning of sec. 8c para. 1 sent. 7 only have to be considered to the extent they exceed the deductible non-utilized losses according to sec. 8c para. 1 sent. 6.
sec. 8a para. 1 s. 4	Sec. 4h ITA shall apply accordingly to corporations determining their income according to sec. 2 para. 2 no. 2 ITA.	Sec. 4h ITA shall apply accordingly to corporations determining their income according to sec. 2 para. 2 no. 2 ITA.
sec. 8a para. 2	Sec. 4h para. 2 sent. 1 lit. b ITA is only applicable if the remuneration for loans paid to a direct or indirect shareholder holding more than ¼ of the share capital, a person related to such a shareholder (sec. 1 para. 2 Foreign Tax Act September 8 th 1972 (BGBl. I p. 1713), last amended by Art. 7 of the Act December 7 th 2006 (BGBl. I. p. 2782), every relevant version) or to a third party having recourse to a shareholder holding more than ¼ of the share capital or a person related to such a shareholder is not more than ten percent of the interest expenses which exceed the interest earnings of the corporation within the meaning of sec. 4h para. 3 ITA and if the corporation does prove this.	Sec. 4h para. 2 sent. 1 lit. b ITA is only applicable if the remuneration for loans paid to a direct or indirect shareholder holding more than ¼ of the share capital, a person related to such a shareholder (sec. 1 para. 2 Foreign Tax Act September 8 th 1972 (BGBl. I p. 1713), last amended by Art. 7 of the Act December 7 th 2006 (BGBl. I. p. 2782), every relevant version) or to a third party having recourse to a shareholder holding more than ¼ of the share capital or a person related to such a shareholder is not more than ten percent of the interest expenses which exceed the interest earnings of the corporation within the meaning of sec. 4h para. 3 ITA and if the corporation does prove this.

sec. 8a para. 3 s. 1	Sec. 4h para. 2 sent. 1 lit. c ITA is only applicable if the remuneration for loans of the corporation or of any other legal entity which belongs to the group of companies paid to a direct or indirect shareholder of a company which belongs to the group of companies holding more than ¼ of the share capital, a person related to such a shareholder (sec. 1 para. 2 Foreign Tax Act) or to a third party having recourse to a shareholder holding more than ¼ of the share capital or a person related to such a shareholder is not more than ten percent of the interest expenses which exceed the interest earnings of the legal entity within the meaning of sec. 4h para. 3 ITA and if the corporation does prove this.	Sec. 4h para. 2 sent. 1 lit. c ITA is only applicable if the remuneration for loans of the corporation or of any other legal entity which belongs to the group of companies paid to a direct or indirect shareholder of a company which belongs to the group of companies holding more than ¼ of the share capital, a person related to such a shareholder (section 1 para. 2 Foreign Tax Act) or to a third party having recourse to a shareholder holding more than ¼ of the share capital or a person related to such a shareholder is not more than ten percent of the interest expenses which exceed the interest earnings of the legal entity within the meaning of sec. 4h para. 3 ITA and if the corporation does prove this.
sec. 8a para. 3 s. 2	Sent. 1 is applicable only to interest expense regarding liabilities shown in the fully consolidated group financial statements according to sec. 4h para. 2 sent. 1 lit. c ITA and in case of funding by a third party having a recourse to a shareholder which does not belong to the group of companies or a person related to such a shareholder.	Sent. 1 is applicable only to interest expense regarding liabilities shown in the fully consolidated group financial statements according to sec. 4h para. 2 sent. 1 lit. c ITA and in case of funding by a third party having a recourse to a shareholder which does not belong to the group of companies or a person related to such a shareholder.